1970/75

Vor neuen Aufgaben

Das Programm für die Saar

Weiter aufwärts

CDU

Die bewegende Kraft an der Saar

17/1 Saar CDU Werbung

AV j 38

Vor neuen Aufgaben - Ein Programm für die Saar

	Seite
A. Dynamische Wirtschaftspolitik an der Saar	5
B. Dynamische Kulturpolitik an der Saar	13
C. Dynamische Sozialpolitik an der Saar	18
D. Politische Verantwortung in einer dynamischen Gesellschaft	27

Verantwortlich für den Inhalt:
CDU Saar, 6600 Saarbrücken, Stengelstraße 5

Druck: E. Röckel OHG, Homburg

Vor neuen Aufgaben - Ein Programm für die Saar

Unsere Zeit – gekennzeichnet vom schnellen sozialen Wandel – verändert das gesellschaftliche Bewußtsein und schafft damit neue politische Wertziele. Verantwortliche Politik muß sich dieser veränderten Wirklichkeit anpassen.

Die CDU Saar sieht im Wandel der Gesellschaft eine besondere politische Gestaltungschance für einen Fortschritt auf allen Gebieten. Dieser Fortschritt orientiert sich an Maßstäben, die im politischen Bewußtsein allgemein verankert sind.

Die CDU Saar bekennt sich zum Leitbild der dynamischen Demokratie, in dem das neue politische Selbstverständnis der Gesellschaft besondere Berücksichtigung findet.

- Dynamische Demokratie heißt: Sozialen Wandel zum Zweck des politischen Fortschritts nutzen und vorhandene, anerkannte gesellschaftliche Mittel planvoll und ideenreich für eine Neuordnung unserer Gesellschaft einsetzen.

- Dynamische Demokratie heißt: Stärkere demokratische Kontrolle der Macht und Rückverbindung der Verantwortung der Politiker auf den politischen Willen der Bürger.

- Dynamische Demokratie heißt: Klare politische Führung, die sich für die Gesellschaft angemessener Lenkungsinstrumente nach einer gesetzmäßig aufgebauten Handlungskonzeption bedient.

Auf Grund dieser Überlegungen legt die CDU Saar Ihr neues Aktionsprogramm vor. Es geht von folgenden Tatsachen aus:

Das Saarland ist in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft kein Grenzland mehr. Erstmals bestehen die politischen Möglichkeiten, den berechtigten Anspruch der saarländischen Bevölkerung auf volle wirtschaftliche, kulturelle und soziale Gleichstellung zu erfüllen.

Daher ist das Aktionsprogramm der CDU Saar folgenden politischen Zielen verpflichtet:

- stetiges wirtschaftliches Wachstum
- Verbesserung der Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten überall im Lande
- gute berufliche Chancen für junge Menschen
- soziale Sicherheit für alle
- Verbesserung der Lebenssituation alter Menschen
- Ausbau des Gesundheitswesens
- Verbesserung der allgemeinen Lebens- und Umweltbedingungen
- klare politische Führung

Um diese Ziele zu erreichen,

braucht die Wirtschaft an der Saar europäisches Niveau

sind Bildung und Ausbildung als Investitionen für die Zukunft zu planen

muß Sozialpolitik in den Dienst der Entfaltung des einzelnen gestellt werden

muß modern regiert und fortschrittlich verwaltet werden

A. Dynamische Wirtschaftspolitik heißt an der Saar:

Die Wirtschaft braucht europäisches Niveau

A 1 Eine Politik des steten Fortschritts garantiert die wirtschaftliche Sicherheit der Bevölkerung an der Saar.

Dabei wird die Wirtschaftspolitik im Saarland von folgenden Tatsachen bestimmt:

Im europäischen Markt kann die Gesamtregion Saar, Westpfalz, Lothringen und Luxemburg bei gleichen Wettbewerbs-Voraussetzungen wirtschaftliches Wachstum aus eigener Kraft erreichen.

Die Veränderungen des Bedarfs und der Bedeutung einzelner Wirtschaftszweige machen einen Umstrukturierungsprozess notwendig.

Wirtschaftliches Wachstum überall im Lande setzt die Verbesserung der Infrastruktur, die Ansiedlung neuer Industrien und den Ausbau bestehender Betriebe voraus.

Die industrieerfahrene saarländische Bevölkerung will lohnende Beschäftigung.

A 2 Eine Politik des steten wirtschaftlichen Fortschritts bedeutet mehr als reine Konjunkturpolitik, denn es ist notwendig, sich an einem langfristigen Wachstum und einer optimalen Wirtschaftsstruktur zu orientieren.

Die wirtschaftliche Zukunft der Saar wird deshalb im eigenen Land entschieden.

Diese Politik des Fortschritts ist nicht Selbstzweck, denn sie trägt zur Sicherung guter Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten und zum besseren beruflichen Fortkommen aller – insbesondere der Jugend – bei.

Das Saarland – Kernpunkt der EWG

Eine gesicherte wirtschaftliche Zukunft des Saarlandes setzt die volle Nutzung der geographisch günstigen Mittellage in der EWG und eine enge Zusammenarbeit mit den angrenzenden Wirtschaftsgebieten der Pfalz, Lothringens und Luxemburgs voraus. Durch überregionale Kooperation, vor allem der Abstimmung von Infrastrukturmaßnahmen, soll in einer europäischen Kernregion ein wettbewerbsfähiges Wirtschaftspotential zustandekommen.

Die Erfahrungen mit dem Saarvertrag haben gezeigt, daß ein zollfreier Warenaustausch mit Frankreich zur Integration der Wirtschaftsräume nicht ausreicht. Deshalb drängt die CDU auf eine weitere Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen in

der EWG, auf eine europäische Währungs-Union und auf eine Koordinierung der regionalen Fördermaßnahmen der Mitgliedsstaaten. Dies umso mehr, weil das Saarland auf den französischen Markt angewiesen ist.

Optimale Wirtschaftsstruktur

Die Grundlage der Saarwirtschaft war und ist der Montan-Bereich. Durch den Strukturwandel auf dem Energiesektor hat die Kohle Absatzbereiche verloren. Dennoch ist es während der notwendigen Anpassung der Kohleförderung an die veränderte Marktlage gelungen, die Zahl der Arbeitskräfte im Saarbergbau **ohne soziale Härten** um 36 000 zu verringern. Steigerung der Produktivität und Rationalisierung im Saarbergbau haben in Verbindung mit der wachsenden Eisen- und Stahlindustrie den Montankern auch für die Zukunft leistungsfähig gemacht.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Produktion des Montan-Bereichs zu verbessern, fordert die CDU Saar:

- eine verstärkte Kooperation der saarländischen Hüttenwerke
- den weiteren Ausbau der Eisen- und Metallverarbeitung in den hütteneigenen Betrieben
- die Nutzung aller Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Saarbergbau und Saarhütten
- ein intensives Zusammenwirken im Montandreieck Saar – Lothringen – Luxemburg

Außer den Maßnahmen zur Förderung des Montankerns und seiner Wettbewerbsfähigkeit muß die industrielle Strukturverbesserung fortgesetzt werden.

Dabei haben Wachstumsindustrien den Vorrang, weil gerade sie sichere Arbeitsplätze und gutes Einkommen garantieren. Deshalb wird die CDU Saar alle Förderungsmöglichkeiten ausnutzen, um weitere Betriebe des Maschinen- und Fahrzeugbaues, der Elektroindustrie und Elektronik, der Chemie und Kunststoffverarbeitung im Saarland anzusiedeln.

Rationalisierung und Modernisierung sowie Hilfen für Produktionsumstellungen, die bereits zu einem verstärkten Ausbau der ansässigen Unternehmen und der weiterverarbeitenden Industrien in den hütteneigenen Betrieben geführt haben, müssen gezielt fortgesetzt werden. Ein kostengünstiges Energieangebot ist mitbestimmend für die Standortqualität des Saarlandes.

Dem Saarbergbau müssen deshalb die gleichen Möglichkeiten eingeräumt werden wie der konkurrierenden Ruhr.

Die CDU Saar begrüßt

- die Bildung einer gemeinsamen Kokerei-Betriebsgesellschaft der Saarbergwerke und der Eisenhütten, mit dem Ziel, diesen Hütten wettbewerbsfähige Einstandspreise für Koks zu verschaffen.

Für die Zukunft fordert die CDU Saar

- die Berücksichtigung des Saarlandes beim Bau weiterer Atomkraftwerke wegen des ständig steigenden Energiebedarfs,
- wettbewerbsfähige Preise für Strom, Gas, Erdgas und Heizöl.

Entscheidend für alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen ist die Hebung des Einkommens, die Sicherung der Arbeitsplätze und das Wachstum der Saarwirtschaft.

Die regionale Strukturpolitik dient der Schaffung neuer Arbeitsplätze und dem wirtschaftlichen Wachstum.

Ihre Grundlage ist das Raumordnungsprogramm der CDU Saar. Es sieht eine räumliche Verteilung von Arbeitsstätten, Siedlungs- und Versorgungseinrichtungen der Bevölkerung vor, die folgende Ziele hat:
Die Neuansiedlung von Industriebetrieben vollzieht sich in industriellen Schwerpunkträumen, vor allem im Ballungszentrum Dillingen – Saarbrücken – Neunkirchen – Homburg. Der Vorrang, der diesem Gebiet eingeräumt wird, verfolgt zwei Ziele:
Einmal gilt es, die Standortvorteile des Ballungszentrums zu nutzen und zum anderen den Verlust an Arbeitsplätzen im Montan-Bereich auszugleichen.

Um die Industrieansiedlung in ländlichen Gegenden zu erleichtern, muß eine stärkere Konzentration der Siedlungen erreicht werden. Deshalb steht hier der Ausbau der zentralen Orte im Vordergrund.

Das ist die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung, die Ansiedlung neuer Industrien und eine bessere Versorgung der Bevölkerung.

Entscheidende Vorbedingung für die Verbesserung der Wirtschaftskraft des Saarlandes ist die Verkehrserschließung.

Verkehrserschließung

Mit ihrem Programm strebt die CDU Saar bessere Verkehrsverbindungen im Innern des Saarlandes und nach außen an.

Das heißt:

- Verbesserung der Fernverbindungen
- Wasserstraßen
- Ausbau des Saar-Pfalz-Kanals als Teilabschnitt einer leistungsfähigen, durchgehenden Wasserstraßenverbindung vom Atlantik in den südosteuropäischen Raum.

Die CDU Saar besteht auf der Realisierung des Beschlusses der Regierung Kiesinger – Brandt vom 11. Februar 1969, der inhaltlich gleichlautenden Erklärungen der drei im Bundestag vertretenen Fraktionen vom 18. 6. 1969 und der Einlösung der Zusage des früheren und jetzigen Bundesverkehrsministers anläßlich des ersten Spatenstiches zum Saardurchstich in Saarbrücken am 3. September 1969.

- Fernstraßen
  Beschleunigter Ausbau der Fernstraßen zu den industriellen Schwerpunkten des Ruhrreviers, des Rhein-Main-Gebietes, nach Baden-Württemberg, Frankreich, Luxemburg und zu den Seehäfen.

- Vordringlich:
  Verbindung nach Köln – Ruhrgebiet
  B 327 – Eifelautobahn

- Verbindung nach Karlsruhe – Brüssel (B 10 und B 406)
  Weiterer Ausbau der Strecken nach Koblenz, Mainz, Straßburg und Paris.

- **Bundesbahnstrecken**
  Die beschlossene Elektrifizierung der Bundesbahnstrecken darf nicht aufgeschoben werden.
  Elektrifizierung der Mosel- und Eifelstrecke.
  Weiterer Ausbau der Verbindungen nach Karlsruhe, Mannheim und der Nahestrecke, vornehmlich zur Verbesserung der Fahrzeiten
  Einsatz moderner Wageneinheiten
  Verdichtung im TEE-Netz

- **Luftverkehr**
  Ausbau und Ausstattung des Flughafens Ensheim für Passagier- und Frachtverkehr im Mittelstreckenbereich.
  Ausstattung des Flughafens Ensheim mit ausreichenden Flugsicherungsanlagen (Blindfluglandesystem).
  Verdichtung des Angebotes an Flugverbindungen zu den wichtigsten europäischen Großflughäfen

Verbesserung des innersaarländischen Verkehrs

Zur besseren Bewältigung des Massenverkehrs im Ballungsgebiet strebt die CDU Saar im einzelnen an:

- Zügiger Ausbau der Ortsdurchfahrten und Ortsumgehungen sowie der Landstraßen 1. und 2. Ordnung

- Verstärkte Entlastung der Stadtkerne durch den Ausbau von Umgehungsstraßen in den größten saarländischen Orten
  Saarbrücken, Nordtangente (B 51) und Westspange (B 327)
  Völklingen, Fertigstellung von Südtangente B 51 und B 406
  Saarlouis, Ortsdurchfahrt B 51
  Dillingen, Ortsdurchfahrt B 51
  Merzig, Südumgehung Merzig
  St. Ingbert, Stadtdurchbruch B 40
  Neunkirchen, Stadtdurchbruch L 1. O 115
  St. Wendel, Umgehung B 41

- **Nahverkehr**
  Die Nahverkehrsverbindungen müssen zum modernen Intercity-Verkehr umgestaltet und ein Verbundsystem der Nahverkehrseinrichtungen beschleunigt verwirklicht werden.

- **Schnellere Personenbeförderung zu den Ballungsräumen von allen Orten**

- **Steigerung der Attraktivität der öffentlichen Nahverkehrsmittel**
  zur Entlastung des Straßennetzes.

  Steigerung der Zug- und Buszahlen im Einsatz während der Spitzenstunden.
  Häufigerer Einsatz auch in verkehrsschwachen Zeiten.
  Einführung eines starren Fahrplanes auf allen ausreichend belasteten Strecken.
  Ausbau eines Schnellbahnnetzes mit Zentrum Saarbrücken.
  Erleichterter Übergang von Bus auf Bahn bzw. auf das benachbarte Busnetz; Verbundnetz mit einheitlichen Tarifen und Fahrplänen sowie Übergang auf eine einheitliche Verbundgesellschaft für alle Buslinien einschließlich Post und Bahn.

- **Verkehrssicherheit**
  Die Verkehrssicherheit muß erhöht werden durch:
  Neubau von Ortsumgehungen.
  Mitteltrennung an vierspurigen Straßen:
  Saarbrücken-Riegelsberg, Saaruferstr.
  Wadgassen-Saarlouis, Grühlingstr.
  Beseitigung von schienengleichen Bahnübergängen.
  Umbau von sonstigen Unfallschwerpunkten, Kreuzungen und unübersichtlichen Kurven.
  Verstärkte Verkehrserziehung.

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist ein unentbehrlicher Teil unserer Wirtschaft. Kern der saarländischen Landwirtschaft sind die entwicklungsfähigen Vollerwerbsbetriebe sowie die Betriebe, die durch Spezialkulturen und ihre intensive Nutzung eine Existenzgrundlage bieten. Außerdem müssen aber auch die Zu- und Nebenerwerbsbetriebe eine auf ihre Eigenart abgestellte Förderung erfahren.

Die CDU Saar sieht dazu in einer Verbesserung der Möglichkeiten der Allgemeinbildung im ländlichen Raum, der fachlichen Ausbildung und Beratung, sowie in der Unterstützung der überbetrieblichen Zusammenarbeit in Produktion und Absatz geeignete Mittel.

Die Umstrukturierung der saarländischen Wirtschaft und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in ländlichen Räumen erleichtert den Umstrukturierungsprozeß in der Landwirtschaft und muß im Interesse der ländlichen Bevölkerung gefördert werden.

Ziel der Landwirtschaftspolitik muß es bleiben, selbständige Existenzen zu erhalten und die Rentabilität der Landwirtschaft zu verbessern.

Gewerblicher Mittelstand und freie Berufe

Die CDU wird die Stellung des gewerblichen Mittelstandes und der freien Berufe im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben unseres Landes sichern. Die CDU strebt eine weitere Stärkung der mittelständischen Unternehmen in Industrie, Handwerk, Handel und in den sonstigen Gewerben sowie die Beseitigung aller diskriminierender Wettbewerbsbedingungen an. Die CDU Saar wird sich vordringlich folgender Aufgaben annehmen:

- Hier vor allem Reform der Gewerbesteuer;

- weiterer systematischer Ausbau der Gewerbeförderung;
- weitere Förderung der Kooperation und eines funktionsfähigen Leistungswettbewerbs durch Novellierung des Kartellgesetzes;
- im Rahmen der Raumordnung und Bauplanung soll der Standort bestehender Gewerbebetriebe angemessen berücksichtigt und die Umsetzung standortgefährdeter Betriebe gefördert werden;
- Verbesserung der Kreditmöglichkeiten und Schaffung von Einrichtungen zur Eigenkapitalfinanzierung;
- Einbeziehung der Selbständigen in die Pläne zur Verbesserung der Vermögensbildung;
- Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige auf freiwilliger Basis;
- stärkere Berücksichtigung der freien Berufe bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

Reform des Finanz- und Steuersystems

Mittelfristige Finanzplanung von Bund, Ländern und Gemeinden ist der Rahmen unserer Haushaltspolitik. Sie ist so zu gestalten, daß sie über die erwünschte und realisierbare Entwicklung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben unterrichtet, die großen finanzwirtschaftlichen Zusammenhänge verdeutlicht, Entscheidungen über die Rangordnung der Aufgaben ermöglicht und auf weitere Sicht die politischen Gestaltungsmöglichkeiten, aber auch die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates sichtbar macht.

Die Finanzverfassungsreform muß nach Prüfung der Aufgabenverteilung von Bund, Ländern und Gemeinden und nach Abgrenzung der in einem kooperativen Föderalismus zweckmäßigen Zuständigkeiten die öffentlichen Einnahmen so bemessen und verteilen, daß alle öffentlichen Bereiche ihre Aufgaben zu erfüllen vermögen.

Das Haushaltsrecht ist zu modernisieren, an die Praxis mehrjähriger Vorausschau und an die konjunkturpolitischen Erfordernisse anzupassen; es ist überschaubar zu gestalten.

Das Steuerrecht ist zu reformieren und den Anforderungen einer fortschrittlichen Steuerpolitik anzupassen.

Entsprechend den veränderten wirtschaftspolitischen und gesellschaftspolitischen Voraussetzungen soll ein modernisiertes Steuerrecht

- für eine Verteilung der Lasten sorgen, die den Grundsätzen der Gleichmäßigkeit und der sozialen Gerechtigkeit entspricht,
- eine ausreichende gesamtwirtschaftliche Kapitalbildung und eine bessere Eigenkapitalausstattung der Unternehmen ermöglichen und damit ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum fördern,

- so einfach wie möglich gestaltet sein, um den Verwaltungsaufwand in vertretbaren Grenzen zu halten und dem Staatsbürger die Übersicht zu erleichtern,
- die internationale Position der deutschen Wirtschaft nicht beeinträchtigen und sich dazu am Wettbewerb auf den Weltmärkten orientieren,
- auf die notwendige Harmonisierung der steuerpolitischen Grundsätze, der Steuerstruktur und der Steuerwirkungen in der EWG Rücksicht nehmen und so die Integrationsbemühungen unterstützen,
- Steuererleichterungen und Finanzhilfen im Hinblick auf Zielsetzung, tatsächliche Ergebnisse und technische Durchführung durch ein einheitliches Verfahren übersichtlich und kontrollierbar gestalten,
- die Bedingungen für eine gleichgerichtete und ohne zeitliche Verzögerung wirksame Finanz- und Wirtschaftspolitik verbessern.

Das modernisierte Steuerrecht muß darüber hinaus die übergeordneten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ziele berücksichtigen und insbesondere den Vorstellungen von einer wirksamen Förderung der privaten Eigentumsbildung durch Beteiligungssparen entsprechen.

Verbesserung der beruflichen Chancen

Entscheidende Voraussetzung für die Beteiligung der Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Erfolg und Fortschritt ist die berufliche Förderung des einzelnen. Die CDU Saar will die hierfür erforderlichen Maßnahmen in einem Landessozialplan zusammenfassen. Im einzelnen geht es dabei um:

- Hilfe zur richtigen Berufswahl in Verbindung mit der Schule
- Ständige Beratung während der Berufsausbildung
- Koordinierung der betrieblichen und schulischen Berufsausbildung
- Stufenausbildung zur Sicherung der beruflichen Mobilität
- Einrichtung von beruflichen Ausbildungs- und Umschulungszentren
- Verbesserung der technischen Ausbildung in den Berufsschulen
- Neue Ausbildungswege in den Berufsschulen (Datenverarbeitung, Programmieren, Automateneinrichtung)
- Einrichtung von überbetrieblichen Lehrwerkstätten
- Einrichtung von Ausbildungsstätten in wachstumsorientierten Großbetrieben (Fahrzeugbau, Chemie, Elektroindustrie, Elektronik)

- Strukturelle Verbesserung der Arbeits- und Berufswelt, die den Frauen gleiche Berufs- und Aufstiegschancen bieten und den besonderen Belastungen der Frau gerecht werden
- Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen für Frauen
- Arbeitsmedizinische Betreuung berufstätiger Frauen
- Besondere Förderungsmaßnahmen für ältere Arbeitnehmer
- Verbesserung der Arbeitsmarktpolitik zur wirksamen Steuerung der strukturellen, konjunkturellen und sektoralen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt
- Schaffung eines Fachbeirats für Fragen der beruflichen Bildung und Umschulung unter Beteiligung der Sozialpartner und der Arbeitsverwaltung
- Zusammenstellung aller finanziellen Leistungen der Versicherungsträger

Wirtschaftliche Sicherheit hat der einzelne, wenn die Möglichkeit des Arbeitsplatzwechsels ohne Einkommensverluste und der berufliche Aufstieg offenstehen. Zur Steigerung der beruflichen Chancen und der Mobilität wird die CDU Saar weitere Zentren der Ausbildung, Fortbildung und Umschulung einrichten.

Das Saarland hat deshalb mit der CDU Saar alle Chancen, zu einem der fortschrittlichsten Wirtschaftsgebiete Europas zu werden.

Die dynamische Entwicklung mit wirtschaftlichem Wachstum und steigenden Löhnen wird dann anhalten, wenn das von der Regierung vorgelegte Aktionsprogramm Saarland – Westpfalz zügig und ohne Einschränkungen vollzogen wird.

B. Dynamische Kulturpolitik heißt an der Saar:

Bildung und Fortbildung als Investitionen für die Zukunft planen

B 1 **Heute hat jeder einen berechtigten Anspruch auf umfassende Erziehung, Bildung, berufliche Ausbildung und Teilnahme am wirtschaftlichen und kulturellen Leben.** Gleichzeitig braucht die moderne Gesellschaft möglichst viele Mitglieder mit einem hohen Maß an Wissen, an Lern- und Leistungsbereitschaft und an Fähigkeit zur Kooperation. Die Stabilität und die dynamische Weiterentwicklung der Gesellschaft in allen Lebensbereichen hängen von der Erfüllung dieser Forderungen ab.

B 2 **Bildung darf nicht ein Privileg weniger sein.** Sie ist heute für jeden Grundlage persönlicher und sozialer Leistung und bringt Anerkennung.

Die bisher in unserem Bildungswesen benachteiligten Bevölkerungskreise müssen einen besseren Zugang zur Bildung haben. Das verlangt vorrangig eine Fortführung der Reform des Bildungswesens und die Anpassung der Bildungsziele an die veränderten Anforderungen. In der Folge heißt das auch Einführung der Lernmittelfreiheit.

Deshalb müssen durch verstärkte Bildungsplanung die bildungspolitischen Sofortmaßnahmen zu einem leistungsfähigen dynamischen Bildungssystem zusammengeführt werden.

Dieses dynamische Bildungssystem muß

- gleiche Bildungschancen für alle
- die Vermittlung einer gleichwertigen Grundbildung
- die Einführung in die Grundformen wissenschaftlichen Denkens

sichern.

Dynamisches Schulsystem

Die bildungspolitischen Ziele der CDU Saar erfordern ein Schulsystem, das zukunftsorientiert angelegt ist.

Dieses Schulsystem besteht aus Bildungswegen in Stufen (Grundstufe, Sekundarstufen I und II, Hochschule).

Die Bildungswege in Stufen halten ein differenziertes Bildungsangebot bereit, das jedem Schüler sowohl die notwendige Einsicht in Zusammenhänge als auch praktische Fähigkeiten vermittelt, die er zur Bewährung in der Gesellschaft und zur ständigen Weiterbildung braucht.

Die Bildungswege in Stufen führen die Schüler je nach Fähigkeit und Neigung zu gleichwertigen Abschlüssen, die entweder zum Studium an der Hochschule oder zur Vorbereitung auf einen Beruf bzw. zum Eintritt in einen Beruf berechtigen.

Vorschulische Erziehung

Vorschulische Erziehung, die sich nach den neuesten Erkenntnissen der Psychologie richtet, ist geeignet, die unterschiedlichen Voraussetzungen für den Eintritt in die Grundstufe auszugleichen.

Deshalb tritt die CDU Saar für die Einführung der vorschulischen Erziehung ein. Obwohl im Saarland bereits für jedes zweite Kind ein Kindergartenplatz vorhanden ist, fordert die CDU Saar die Schaffung weiterer Kindergärten, damit zumindest für alle Fünfjährigen ein Platz zur Verfügung steht. Der Ausbau der vorschulischen Erziehung erfordert die Ausbildung pädagogischer Fachkräfte.

Grundstufe

Auf der vorschulischen Erziehung baut die künftige Grundstufe (Grundstufe, 1. bis 4. Jahrgangsstufe) auf. Sie vermittelt erziehungswissenschaftlich je neu gesicherte Lehrinhalte, die ausschließlich die Kernbereiche des Sprachlichen, Mathematisch-Naturwissenschaftlichen, Politisch-Sozialen, Religiösen, Musischen und Sportlichen umfassen. Bereits in der Grundstufe soll der Schüler durch die Mengenmathematik und durch die Begegnung mit den Lehrinhalten des Sachunterrichts in die Bereiche des Mathematisch-Naturwissenschaftlichen eingeführt und mit dem politisch-sozialen Bereich vertraut gemacht werden.

Sekundarstufe I

Die Sekundarstufe I baut auf der Grundstufe auf und umfaßt die Jahrgangsstufen 5 bis 10, also die derzeitige Hauptschule, die Realschule, die Mittelstufe des Gymnasiums und Berufsfachschulen.

In der Sekundarstufe I setzt eine deutliche Differenzierung der Bildungswege ein. Sie wird erreicht durch eine individuelle Schwerpunktbildung innerhalb eines Kerns von Pflichtfächern und durch Zuwahl weiterer Fächer. Der Schüler wählt zwischen zusätzlichen Unterrichtsangeboten im Bereich der Kernfächer und anderen Fächern, die seiner Begabung und Neigung gerecht werden. Dazu gehören Fremdsprachen oder – zur Berufsorientierung – das Fach Arbeitslehre (Technologie). Je nach Wahl entscheidet sich der Schüler für einen mehr studien- oder mehr berufsbezogenen Bildungsweg. Am Ende der Sekundarstufe I steht ein dem Bildungsweg (Curriculum) des Schülers entsprechender Abschluß.

Sekundarstufe II

Die Sekundarstufe II (11. und 12./13. Jahrgangsstufe) steht ebenso wie die Sekundarstufe I grundsätzlich allen Schülern offen. Auch hier gibt es einen berufs- und einen studienbezogenen Bildungsweg.

Schüler mit berufsbezogenem Abschluß I können sich zwischen einem studienbezogenen (Fachoberschule) und einem berufsbegleitenden Weg entscheiden. Schüler mit einem studienbezogenen Abschluß I werden meist entweder einen berufsvorbereitenden-studienbezogenen oder einfach einen studienbezogenen Weg wählen.

Der berufsbegleitende Bildungsgang verläuft im dualen System (betriebliche und schulische Ausbildung). Der berufsvorbereitende und der studienbezogene Weg in der Sekundarstufe II qualifiziert für die Ausübung spezieller Berufe oder für Studien im Hochschulbereich. Die Abschlüsse der Sekundarstufe II führen einerseits in den Beruf, andererseits zur Hochschulreife.

Das dynamische Schulsystem bietet nach Auffassung der CDU Saar wesentliche Voraussetzungen für eine harmonische Einordnung des im Saarland hervorragend ausgebauten berufsbildenden Schulwesens in das System der Stufen-Bildungswege.

Diese Art des dynamischen Schulsystems bringt für jeden Schüler eine optimale Wahl- und Wechselmöglichkeit, sowohl innerhalb der einzelnen Stufen als auch nach den einzelnen Abschlüssen. Außerdem werden dem Schüler in allen Stufen Stütz- und Förderungsmaßnahmen gewährt. Dies gilt in besonderem Maße für behinderte Kinder.

Berufsausbildung

Die CDU Saar verlangt zur Förderung des Strukturprozesses in der Wirtschaft, zur Sicherung und Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze und des wachsenden Einkommens der Bevölkerung die Schaffung von Einrichtungen der beruflichen Fortbildung und Umschulung.

Deshalb müssen die Investitionen im Bereich des berufsbildenden Schulwesens erhöht werden.

Allein das Aktionsprogramm Saar-Westpfalz, das bis 1974 die Einrichtung von neun beruflichen Schul- und Ausbildungszentren mit einem Kostenaufwand von 63 Mio DM vorsieht, bietet dazu ausgezeichnete Voraussetzungen.

Schulregion

Dieses System der Bildungswege in Stufen wird nach Auffassung der CDU Saar in der Schulregion verwirklicht, die allen Schülern in zumutbarer Entfernung ein umfassendes Angebot an Bildungswegen bietet. Sie ist darüber hinaus eine organisatorische Einheit, in der Schulträger, Lehrer, Eltern und Schüler verantwortlich an der Gestaltung und Entwicklung der Bildungswege mitwirken.

Diese Mitwirkung vollzieht sich in beratenden, beschließenden und leitenden Organen. Mit der Aufteilung der Aufgaben wird die Schule in zunehmendem Maße aus der Verwaltung durch den Staat in die Verantwortung der Gesellschaft übergeleitet.

Beschlußfassendes Organ der Schulregion ist die Schulkonferenz. Sie besteht aus Vertretern der Schulträger, Lehrer, Eltern und Schüler. Die Leitung der Schulregion nimmt ein kollegiales Organ wahr, das von der Schulkonferenz gewählt wird.

Die Organe der Schulregion arbeiten eng mit den Stellen der staatlichen Bildungsplanung zusammen. Sie berücksichtigen die von der Bildungspolitik und Planung gesetzten Ziele.

Die CDU Saar erwartet, daß die Schulträger, also Gemeinden, Kreise oder das Land, die Schulen mit einer möglichst zeitgerechten Sachausstattung versorgen.

Hochschule des Saarlandes

Die CDU Saar tritt für die Gründung einer Hochschule des Saarlandes ein. In ihr sollen die Universität des Saarlandes, die Pädagogische Hochschule, die Hochschule für Musik und die Fachhochschule eng zusammenarbeiten. Die „Hochschule des Saarlandes" hat insbesondere die Aufgabe, die Lehr- und Forschungskapazität optimal auszuschöpfen und in enger Kooperation Studiengänge zu organisieren und neue zu ermöglichen.

Obwohl die Aufwendungen des Saarlandes für seine Universität – bezogen auf seine Einwohnerzahl – bereits jetzt die höchsten aller Bundesländer sind, verlangt die CDU Saar alle erforderlichen Maßnahmen, um den Numerus clausus an der Universität des Saarlandes zu beseitigen und den saarländischen Abiturienten einen ungehinderten Zugang zur Universität zu sichern.

Ferner fordert sie die Wiedereinführung der Gebührenfreiheit für die Studierenden.

Im Hinblick auf den wachsenden Bedarf der saarländischen Wirtschaft an Ingenieuren und sonstigen Führungskräften wird die Zahl der Studienplätze an der Fachhochschule erhöht und deren Ausbildungskapazität erweitert werden. Die dazu notwendigen Baumaßnahmen sind bereits eingeleitet.

Die CDU Saar fordert, den personellen und materiellen Ausbau der „Hochschule des Saarlandes" so voranzutreiben, daß bis zum Jahre 1975 die jetzt vorhandenen 10 000 Studienplätze um weitere 4 000 aufgestockt werden.

Die CDU Saar fordert ferner, daß überregionale und für die Wirtschaftsstruktur des Saarlandes bedeutende Forschungseinrichtungen im Saarland errichtet werden (z. B. ein Institut für Werkstoff-Forschung).

Die guten Erfahrungen mit dem Schulfernsehen zeigen neue Möglichkeiten eines Bildungsangebotes auch im Bereich der Universität.

Erwachsenenbildung

In einer dynamischen Gesellschaft ist die ständige Weiterbildung Aufgabe jedes einzelnen. Die CDU Saar fordert daher, daß die Einrichtungen der Erwachsenenbildung jedermann zu qualifizierten Abschlüssen hinführen bzw. Berechtigungen verleihen. Sie sollen ferner Hilfen für die Gestaltung der wachsenden Freizeit anbieten.

Aus diesem Grund hat die CDU Saar die Verabschiedung eines Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung erwirkt, das zugleich die materielle Grundlage für die Weiterbildung der Erwachsenen in öffentlicher und freier Trägerschaft sichern wird.

Die CDU Saar setzt sich auch für die Einrichtung eines Kontaktstudiums im Hochschulbereich ein. Der rasche Fortschritt von Wissenschaft und Forschung macht es erforderlich, daß Lehrer und Führungskräfte aus Wirtschaft, Justiz und Verwaltung die Möglichkeit erhalten, sich über die Weiterentwicklung ihrer Wissenschaft zu orientieren.

Für alle Lehrkräfte und Personen, die in der Erwachsenen- und Berufsausbildung tätig sind, soll ein didaktisches Zentrum eingerichtet werden.

Kulturelles Leben

Die CDU Saar mißt der Teilnahme des einzelnen am kulturellen Leben eine große Bedeutung zu. Sie fordert Einrichtungen, in denen künstlerische Betätigungen und künstlerische Darbietungen einen zeitgemäßen Rahmen finden. Insbesondere müssen

- eine organische Fortentwicklung des Saarländischen Rundfunks gewährleistet werden,
- zwischen dem Saarland und der Landeshauptstadt Saarbrücken zur Sicherung der materiellen Grundlagen des Theaters ein Zweckverband gegründet werden,
- die Moderne Galerie baulich erweitert und finanzielle Mittel zum weiteren Ausbau ihrer Sammlung bereitgestellt werden,
- die im Saarland ansässigen und tätigen Künstler unterstützt und gefördert werden,
- das Kulturorchester des Landes, die Musik- und Orchestervereinigungen, die Chöre und andere Gruppen dieser Art mit den Mitteln, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig sind, ausgestattet werden.

Jugend und Bildung

Im Hinblick auf die verantwortliche Teilnahme der Jugendlichen am öffentlichen und politischen Leben betrachtet es die CDU Saar als besonders dringlich, daß

- die Jugendorganisationen auf finanziell gesicherter Basis arbeiten können,
- genügend Jugendfreizeitstätten zur Verfügung stehen.

C. Dynamische Sozialpolitik heißt an der Saar:

Sozialpolitik ist Gesellschaftspolitik

C 1 Soziale Sicherheit und Anerkennung sind heute mehr denn je von der Leistung des einzelnen abhängig.

Gleichzeitig kann der soziale Fortschritt aller nur dann gesichert werden, wenn der Leistungswille und die Leistungsfähigkeit eines jeden sich voll entfalten können.

Dafür schafft die Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik die Voraussetzungen und verbessert gleichzeitig die soziale Sicherheit.

C 2 Staatliche Hilfe in Notsituationen ist selbstverständlich

Soziale Verantwortung zeigt sich im Schutz des einzelnen vor den Grundrisiken des Lebens und in der Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen mit dem Zweck, Chancen zur persönlichen und sozialen Entfaltung zu bieten.

Gesundheit

Die Bevölkerung erwartet, daß die Fortschritte der Medizin bei der Verhütung, Früherkennung und Behandlung von Krankheiten allen in gleicher Weise zugute kommen. Unbeschadet der persönlichen Verantwortung des einzelnen hat der Staat die Verpflichtung, die gesetzlichen Voraussetzungen für eine umfassende Gesundheitsvorsorge und Gesundheitspflege zu schaffen und die notwendigen Einrichtungen anzubieten.

Deshalb fordert die CDU Saar, daß die Vorsorgeuntersuchung zur Früherkennung von Krebs-, Kreislauf- und Zuckerkrankheit in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommen wird. Entsprechende Beratungs- und Untersuchungszentren sind einzurichten.

Es muß eine vertrauensvolle Zusammenarbeit des öffentlichen Gesundheitswesens mit den praktizierenden Ärzten verwirklicht werden.

Gesundheitserziehung

Ziel der Gesundheitserziehung ist es, die Bereitschaft zur Gesundheitsvorsorge zu wecken. Sie muß schon bei den Kindern beginnen. Erzieher und Lehrer müssen zu dieser Erziehung befähigt werden. Die öffentlichen Aufgaben der Gesundheitsvorsorge und Erziehung können von freien Trägern übernommen werden.

Gesundheitseinrichtungen

Die CDU Saar ist der Ansicht, daß der allgemeine Gesundheitsdienst der notwendigen Aufgabe der Vorsorge nicht voll gerecht werden kann.

Die räumliche, technische und personelle Ausstattung des Gesundheitsdienstes muß entscheidend verbessert werden.

Ärzte, ärztliches Hilfs- und Pflegepersonal

Die pflegerischen Berufe verdienen gesellschaftliche Anerkennung. Krankenschwestern und Pflegepersonal müssen von nichtpflegerischen Arbeiten entlastet, angemessen untergebracht und nach Leistung bezahlt werden. Ihre Ausbildung muß mehr als bisher staatlich gefördert werden.

Die CDU Saar bekennt sich zur freien Arztwahl als der entscheidenden Voraussetzung für das Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Arzt. Der Arzt ist in seinem Beruf nur seinem Gewissen verantwortlich. Der Grundsatz der Schweigepflicht des Arztes muß erhalten bleiben. Die Einheit des ärztlichen Berufsbildes ist zu wahren.

Gesundheitsschutz

Impfungen, Immissionsschutz und Arbeitsschutz sind Schwerpunkte der allgemeinen Gesundheitsvorsorge.

Schutzimpfungen sind in verstärktem Maße anzubieten.

Die CDU Saar fordert eine bundeseinheitliche gesetzliche Verpflichtung zur Reinhaltung des Wassers und der Luft sowie zur Eindämmung des Lärms. Schnelles Handeln ist gerade im Interesse derjenigen erforderlich, die sich diesen Beeinträchtigungen nicht entziehen können.

Arbeitsschutz

Der Arbeitsschutz soll den Anforderungen der Arbeitshygiene und der Unfallverhütung gerecht werden. Arbeitszeit- und Pausenregelung müssen arbeitsmedizinischen Erkenntnissen entsprechen.

In den Berufs- und Fachschulen müssen Arbeits- und Gesundheitsschutz in einem besonderen Unterrichtsfach gelehrt werden. An der Universität ist ein Lehrstuhl für Arbeitsmedizin einzurichten.

Die werksärztliche Betreuung der Arbeitnehmer muß weiter ausgebaut werden.

Die Gebrauchsgüter des täglichen Bedarfs im Haushalt sind besser zu sichern.

Die CDU Saar fordert ferner mehr Betriebsbesichtigungen durch die staatliche Gewerbeaufsicht. Eine intensivere Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden mit Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen ist anzustreben.

Arzneimittel

Die Bevölkerung muß durch geeignete Maßnahmen vor Arzneimittelschäden, Arzneimittelmißbrauch und Suchtmitteln geschützt werden. Die Abgabe von Arzneimitteln durch qualifiziertes Fachpersonal ist sicherzustellen.

Betreuung der Knappschaftsversicherten

Die CDU Saar fordert mit dem Ziel einer ortsnahen Betreuung der Versicherten und der Erhaltung der Selbstverwaltung die Bildung einer saarländischen

Sektion der knappschaftlichen Krankenversicherung, sowie eine ortsnahe Betreuung in der knappschaftlichen Rentenversicherung.

Die CDU Saar setzt sich dafür ein, daß die knappschaftlich Versicherten den Arzt frei wählen können.

Krankenhäuser

Die sachliche und personelle Ausstattung der Krankenhäuser muß verbessert werden. Die wirtschaftliche Sicherung der Krankenanstalten ist gesetzlich zu regeln.

Wesentliches Ziel muß es sein, die Zahl der Krankenhausbetten so zu erhöhen, daß in Abteilungen für Akutkranke und in Sonderkrankenanstalten ausreichend Betten zur Verfügung stehen. Dazu ist der weitere Ausbau der Universitätskliniken, die Errichtung einer zweiten Nervenklinik sowie die Schaffung eines Kreiskrankenhauses in Lebach und an der oberen Saar notwendig.

Die moderne Medizin erfordert Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen sowie die Modernisierung von Gebäuden.

Rehabilitation

Die Fortschritte der Medizin ermöglichen heute eine weitgehende gesundheitliche Wiederherstellung. Die zur Rehabilitation notwendigen Einrichtungen sind zu schaffen. Dazu gehören ein Forschungsinstitut und ein wissenschaftlich geleitetes Rehabilitationszentrum mit Kurmöglichkeiten und Heilstationen für Suchtkranke.

Freizeit

Mehr Freizeit bei gleichzeitig steigendem Einkommen wird in den nächsten Jahren den Bedarf an Angeboten für Naherholung in erheblichem Umfang erhöhen. Eine tiefgreifende Wandlung im Freizeitverhalten wird die Folge sein.

Die CDU Saar fordert einen umfassenden Plan für den Ausbau von Freizeitanlagen, die der Kurzerholung von den täglichen Belastungen dienen. Darüber hinaus sind Naherholungsgebiete systematisch zu erschließen.

Erholungszentren

Mit der Verwirklichung folgender Projekte von Erholungszentren soll im Saarland begonnen werden:

- Vom Bisttal im Süden bis hin zur Mosel im Norden wird eine Naherholungskette geschaffen.
- Ein zweiter Schwerpunkt soll eine Naherholungskette auf dem Saarlouiser Gau bilden.
  Ein Flugplatz für Motor- und Segelsportbetrieb steht bereits kurz vor seiner Vollendung. Ein Golfplatz in der Nähe der Gemeinde Gisingen ist vorhanden. Hier gilt es, Einrichtungen für weitere Sportarten zu schaffen.
- Im Hochwald besteht dank großzügiger Förderung des Landes bereits ein nicht unbedeutender Fremdenverkehr. Durch die Initiative der CDU Saar wurde der Hochwald als Erholungszentrum für den Fremdenverkehr erschlossen.

Die CDU Saar tritt dafür ein, diese hervorragenden Ansätze weiter zu entwickeln. Der Funktionsverlust ländlicher Gemeinden ist durch Ausnutzung des zunehmenden Interesses an Wochenend- und Zweitwohnungsbauten auszugleichen. Die Aktion „Ferien auf dem Bauernhof" ist auch in dieser Region zu fördern.

- Im Osten des Landes sollen die Gebiete um die Jägersburger Weiher und den Niederwürzbacher Weiher weiter planmäßig ausgebaut werden.
- Der Kreis der Erholungszentren des Saarlandes schließt sich in dem waldreichen Warndtgebiet, dessen Ausbau für die Erholung eingeleitet ist und weitergeführt werden soll.

Alle diese Zentren sollen so ausgestattet werden, daß sich vor allem Familien am Wochenende erholen können. Dazu gehören Kindergärten, Kinderhorte, Kinderspielplätze und Erholungs- und Vergnügungseinrichtungen für Erwachsene. Es sollen Ferienstätten entstehen, die den besonderen Erfordernissen von Familienferien entsprechen. Für kinderreiche Familien müssen die von der Landesregierung eingeleiteten Ferienmaßnahmen verstärkt werden.

Wasserflächen

Der Bestand an Wasserflächen, die der Erholung und dem Sport dienen, muß erhöht werden.

Die CDU Saar unterstützt die Pläne des Aktionsprogramms Saarland-Westpfalz:

- Stausee Bosen (Bosbach):
  Stauhöhe 20 m; Wasserfläche 100 ha
- Schwimmbad Oberthal:
  Einrichtung des Freibades für ganzjährigen Betrieb
- Schwimmbad im Raum Weiskirchen:
  Einrichtung des Schwimmbades für erweiterten Saisonbetrieb
- Schwimmbad im Raum Nonnweiler:
  Einrichtung des Schwimmbades für ganzjährigen Betrieb
- Schwimmbad Wadgassen:
  Ausbau und Einrichtung für erweiterten Saisonbetrieb
- Stausee Losheim:
  Stauhöhe 10 m; Wasserfläche 20 ha
- Stausee Bisten-Merten:
  Die Gemeinden des Amtsbezirkes Bisten (Kreis Saarlouis) und die französischen Gemeinden in Lothringen planen die Errichtung eines Stausees auf beiden Seiten der Grenze als Gemeinschaftsprojekt.

Sport

Der Sport hat erzieherische, gesundheitliche und soziale Wirkungen. Ihm kommt deshalb in der modernen Gesellschaft ein besonderer Rang zu.

Deshalb sind vordringlich folgende Ziele zu verwirklichen:

- Drei wöchentliche Sportstunden im Rahmen des ordentlichen Schulunterrichts.

- Tägliche Bewegungszeiten im ersten und zweiten Schuljahr.
- Zwei freiwillige Wochenstunden in Sport und Spiel zusätzlich am Nachmittag.
- Pflichtmäßiger Sportunterricht in allen Berufs- und Berufsfachschulen.
- Verstärkte Einrichtung von Gruppen für das Schulsonderturnen. Zumindest in den Mittelpunkt- und Zentralschulorten sollten solche Gruppen eingerichtet werden.
- Weitere Ausbildung von Lehrkräften für das Haltungsturnen unter Mitwirkung der Bundesarbeitsgemeinschaft für haltungsgefährdete Kinder.
- Einrichtung von Sportzügen an Gymnasien und Realschulen unter gleichzeitiger Aufwertung des Faches Leibeserziehung.
- Festigung und Erweiterung der schulsportlichen Leistungszentren im Saarland durch verstärkte Einrichtung von Leistungsgruppen.
- Durchführung schulsportlicher Wettkämpfe, insbesondere der Bundesjugendspiele und Beteiligung an dem Bundeswettbewerb „Jugend trainiert für Olympia" in Berlin.

An der Universität ist ein Lehrstuhl für Leibeserziehung und Sportmedizin einzurichten und zu besetzen.

Die Universität muß der sportwissenschaftlichen Forschung mehr Unterstützung und Raum geben.

Das Institut für Leibesübungen soll vordringlich weiter ausgebaut werden mit dem Ziel, Diplomsportlehrer auszubilden. Leibeserziehung und Sport müssen Bestandteil der Lehrerbildung sein. Innerhalb der Pädagogischen Hochschule muß ihr volle Integration gesichert werden.

Träger der deutschen Turn- und Sportbewegung sind die Vereine. Durch sie wird der Sport zum Volkssport. Nach Meinung der CDU Saar muß daher neben dem Schul- und Hochschulsport vor allem der Vereinssport gefördert werden. Breitensport und Leistungssport sind in gleicher Weise zu fördern.

Die CDU Saar hält es daher für notwendig:

- daß Land und Gemeinden den Vereinen geeignete Sportstätten zur Verfügung stellen. Die öffentliche Förderung des Sports soll vor allem der Breitenarbeit im Sport zugute kommen.
- daß die Sportübungsstätten der Gemeinden und Städte den Vereinen möglichst kostenlos zur Benutzung überlassen werden.
- daß die Vereine mit öffentlicher Unterstützung Übungsleiter anstellen können.
- daß die Verbände Regionaltrainer mit öffentlicher Hilfe beschäftigen können.
- daß Vereine in stärkerem Maße auch Familien- und Jugendgruppen eine Möglichkeit zur sportlichen Betätigung bieten.

- daß regionale Leistungszentren für alle Sportarten eingerichtet bzw. ausgebaut werden.

Sportstätten

Voraussetzung für eine sportliche Betätigung ist die ausreichende Zahl von Sportplätzen, Turnhallen und Schwimmbädern. Die CDU Saar will, daß die Sportanlagen der Schulen den Vereinen offen stehen. Die CDU Saar fordert eine systematische Sportstättenplanung für das ganze Land. Das muß im Rahmen der Landesplanung und der Bauleitplanung in Städten und Gemeinden geschehen.

Die CDU Saar unterstützt folgende Vorhaben nachdrücklich:

- den Bau von Hallenbädern in allen Kreisstätten des Saarlandes;
- den Bau von Schwimmbädern im Rahmen des Aktionsprogrammes Saarland-Westpfalz;
- die Förderung großer Spiel- und Sporthallen in den Leistungszentren des Saarlandes.

Die CDU Saar setzt sich für die Schaffung eines Sportförderungsgesetzes in nächster Zeit ein, in dem u. a. die Frage der Ständigen Sportkonferenz und die verwaltungsmäßige Organisation des Sports im Saarland behandelt wird.

Familie

Die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Situation der Familie muß so gestaltet werden, daß sie ihre Aufgaben in der modernen Gesellschaft erfüllen kann.

Die CDU Saar hält folgende Förderungsmaßnahmen für vordringlich:

- Verbesserung des Familienlastenausgleichs durch einheitliche Kindergeldregelung und Erhöhung der Leistungen entsprechend der zunehmenden Belastung der Familie;
- Hilfe für Ehe- und Erziehungsberatung durch den Ausbau der vorhandenen Ehe- und Erziehungsberatungsstellen, Durchführung von Ehevorbereitungskursen mit finanzieller Unterstützung des Landes und Verbesserung der Zusammenarbeit von Schule und Erziehungsstellen;
- Förderung der Familienerholung durch finanzielle Zuwendungen zu Familienferien.
  Schaffung von Ferieneinrichtungen für Familien in Naherholungsgebieten, Einrichtung von Kinderspielplätzen mit entsprechender Ausstattung, finanzieller Unterstützung von Stadtranderholungsmaßnahmen und Ausbildung von Familienhelferinnen;
- Weiterführung des familiengerechten Wohnungsbaues, qualitative Verbesserung der Wohnungen und Anpassung des Wohngeldes an die modernen Verhältnisse.

Sorge für Behinderte

Die Eingliederung körperlich, geistig oder seelisch behinderter Menschen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft ist verpflichtende Aufgabe der Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik.

Medizinische, pädagogische, berufliche und soziale Maßnahmen müssen koordiniert und intensiviert werden.

Früherkennung und Frühbehandlung in besonderen Einrichtungen sind zu fördern. Die Betreuung in Sonderkindergärten und Tagesstätten ist sicherzustellen. Der Aus- und Aufbau von Sonderschulen und weiterführenden Sonderschulen ist dringend geboten.

Die Eingliederung in das Berufsleben erfordert die Schaffung von Ausbildungs- und Umschulungsstätten.

Die Absicht der Verbände der freien Wohlfahrtspflege, für Behinderte, die in der freien Wirtschaft keinen Arbeitsplatz finden können, beschützende Werkstätten zu errichten, ist nachhaltig zu unterstützen.

Es muß für eine moderne, spezielle und qualifizierte Ausbildung von Fachkräften gesorgt werden.

Auch ist auf die Schaffung geeigneter Wohn- und Pflegeheime hinzuwirken. Der Versehrtensport muß als Maßnahme der Gruppenbehandlung unter ärztlicher Aufsicht angemessen unterstützt werden. Diese Unterstützung muß – wie schon für die Kriegsopfer – auch für andere Behinderte gelten.

Jugend in der modernen Gesellschaft

Die CDU Saar wird sich im Rahmen des Landesjugendplanes für die Lösung folgender Aufgaben einsetzen:

- Jugendverbände und andere Träger der Jugendarbeit sollen die Möglichkeit haben, mehr Fachkräfte als bisher einzustellen und sie, ebenso wie neben- und ehrenamtliche Mitarbeiter, aus- und fortzubilden.
- Die Jugendbildungsarbeit, besonders die politische Bildung, und die internationale Jugendbewegung sollen verstärkt gefördert und die pädagogische Betreuung in Jugendwohnheimen gesichert werden.
- Der Bau von Jugendbildungs- und Jugendfreizeitstätten soll fortgesetzt werden.
- Das Land und die Gemeinden sollen durch Gesetz ihren Anteil an den Bau-, Personal- und Betriebskosten der Einrichtungen der Jugendarbeit festlegen.
- Die Gehaltsanteile für Fachkräfte sowie die Zuweisungen für Jugenderholung und geplante Maßnahmen sollen in der mittelfristigen Finanzplanung des Landes aufgeschlüsselt und ausgewiesen werden.

Wer in der Jugendarbeit ein freiwilliges soziales Jahr abgeleistet hat, ist bei der Zulassung zum Studium und anderen Ausbildungsmaßnahmen bevorzugt zu berücksichtigen.

Alte Menschen in der modernen Gesellschaft

Die Situation des alten Menschen in der modernen Gesellschaft ist im wesentlichen durch drei Merkmale gekennzeichnet:

- Beeinträchtigung der körperlichen Leistungsfähigkeit
- Gefahr der sozialen Isolierung
- veränderte wirtschaftliche Situation.

Die CDU Saar fordert daher Hilfe zur Unabhängigkeit und Eigenständigkeit für gealterte Menschen.

Dazu gehören:

Verbesserung der ärztlichen Betreuung,

Einrichtung von geriatrischen Zentren,

Altenerholung,

Gesundheitsberatung und entsprechende Heilmaßnahmen,

Organisation eines mobilen Gesundheitsdienstes.

Der Gefahr der sozialen Isolierung alter Menschen ist nur zu begegnen, wenn ihre Eigenständigkeit im Alter als eine besondere Phase des Lebens anerkannt und Voraussetzungen für ihre Unabhängigkeit geschaffen werden.

Grundgedanke dieser Überlegungen ist die altersgerechte Wohnung. Auch müssen alte Menschen im Notfall von Alltagssorgen befreit werden können. Diesem Zweck dienen mobile Sozialstationen, die zeitweise das Waschen, das Einkaufen, das Kochen und die Pflege übernehmen können.

Für jene alten Menschen, die sich selbst nicht mehr helfen und keine zuverlässige Hilfe aus eigenen Mitteln bestreiten können, müssen genügend Altersheim- und Pflegeplätze zur Verfügung stehen.

Die Ausbildung, der Status und das Einkommen der Fachkräfte in den Pflegeberufen müssen angehoben werden.

Hüttenknappschaftliche Pensionsversicherung

Die CDU Saar fordert die Beibehaltung der hüttenknappschaftlichen Pensionsversicherung.

Ihr ist es bislang gelungen, die hüttenknappschaftliche Pensionsversicherung als Zusatzversicherung auf öffentlich-rechtlicher Grundlage zu erhalten.

Die CDU Saar sieht es als einen nicht vertretbaren Eingriff in die Rechte der Versicherten an, wenn die hüttenknappschaftliche Pensionsversicherung als eigenständiger Versicherungsschutz in ihrer bisherigen Rechtsform angetastet wird.

Eine Neuordnung der hüttenknappschaftlichen Pensionsversicherung muß folgenden Grundsätzen genügen:

Beibehaltung der öffentlich-rechtlichen Grundlagen,

Erhöhung und Dynamisierung der Leistungen,

Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze, Senkung des Beitrags,

Strukturelle Verbesserungen zugunsten der Hinterbliebenen und bei Wiederverheiratung.

D. Politische Verantwortung in einer dynamischen Gesellschaft verlangt:

Klare politische Führung durch modernes Regieren und fortschrittliches Verwalten.

D 1 **In der modernen Gesellschaft haben politische Entscheidungen immer weiterreichende Wirkungen für eine große Zahl von Menschen.**

Ständig verlangen Veränderungen in allen Lebensbereichen neue politische Lösungen, die nicht mehr von einzelnen gefunden werden können.

Die verstärkte Beteiligung des Bürgers und der gesellschaftlichen Gruppen an der politischen Entscheidung auch außerhalb der Wahlen, und die Durchschaubarkeit des politischen Geschehens charakterisieren modernes Regieren.

Die Verwaltung hat eine dienende Funktion. Sie muß rationell erfüllt werden.

D 2 **Moderner Regierungsstil und leistungsfähige Verwaltung verhindern, daß die Politik mit den raschen Veränderungen nicht Schritt hält und dadurch Nachteile für den Bürger entstehen.**

Jede Art von Machtmißbrauch muß durch demokratische Kontrolle verhindert werden.

Politik darf nicht durch Begünstigung weniger Gesamtinteressen verletzen.

Modern regieren — fortschrittlich verwalten — gesicherte Rechtspflege

Klare politische Führung kommt ohne eine umfassende Reform von Gesetzgebung, Regierung, Verwaltung und Justiz nicht mehr aus.

Gesetzgebung

Die CDU Saar fordert eine Neuordnung und Straffung des Gesetzgebungsverfahrens. Die Fähigkeit des Parlaments zur demokratischen Kontrolle der Politik muß verbessert werden.

Die Bevölkerung soll an der gesetzgeberischen Willensbildung in geeigneter Weise stärker als bisher mitwirken. Die Arbeit des Parlaments muß für den Bürger durchschaubarer gemacht werden.

Die Bevölkerung soll in verstärktem Maße an der Aufstellung der Kandidaten mitwirken.

Regierung

Die Arbeitsweise und Organisation der Regierung muß der zunehmenden Bedeutung der politischen Steuerung in der modernen Gesellschaft entsprechen. Das bedeutet vor allem die Schaffung eines integrierten Informationssystems zur Beschaffung, Dokumentation, Auswertung und gezielten Weitergabe von Entscheidungen.

Der Aufbau eines modernen Informations- und Entscheidungssystems stellt neue Anforderungen an den öffentlichen Dienst und verlangt Stabs- und Teamarbeit.

Die Aufgabenstellung der modernen Regierung hat sich insofern verändert, als das Erledigen schon bekannter und beherrschter Probleme hinter der Notwendigkeit, neue Aufgaben rechtzeitig zu erkennen und passende politische Lösungen zu erarbeiten, zurücktritt.

Verwaltung

Die Reform der Verwaltung hat leistungsfähige Verwaltungseinheiten, eine klare Abgrenzung der Funktionen und eine rationelle Organisation der Verwaltung zum Ziel.

Leistungsfähigere Verwaltungseinheiten im kommunalen Bereich verlangen eine umfassende Kommunalreform. Dazu gehören:

- die Gebietsreform,
- die kommunale Verfassungsreform,
- die Funktionalreform,
- die Finanzreform.

Das Ziel dieser Kommunalreform ist die funktionsfähige Gemeinde. Sie muß ein umfassendes Leistungsangebot auf wirtschaftlichem, kulturellem und sozialem Gebiet schaffen und der politischen Mitwirkung des Bürgers Raum geben.

Eine konsequentere Abgrenzung der Zuständigkeiten der Ressorts der Landesregierung kann die Leistungsfähigkeit der Verwaltung erheblich verbessern. Der Rationalisierung der Verwaltungstätigkeit werden durch die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) neue Möglichkeiten eröffnet. Der Einsatz der EDV kann sich nur dann voll auswirken, wenn durch Systemanalyse und Systemplanung eine optimale Struktur der Verwaltung geschaffen wird.

Rechtssprechung

Der freiheitliche Rechtsstaat gewährleistet Schutz und Rechtssicherheit dem einzelnen und der Gemeinschaft. Garanten dieses Rechtsschutzes und Rechtsfriedens sind eine moderne Gesetzgebung und eine leistungsfähige Rechtspflege, in der die Gerichte ihre Aufgaben durch unabhängige Richter erfüllen.

Die CDU Saar fordert eine Ausbildung, die den Richtern das zum Verständnis einer sich ständig wandelnden Gesellschaft erforderliche Rüstzeug vermittelt.

Sie fordert ein Rechtspflegeministerium, um die Sonderstellung der rechtssprechenden Gewalt stärker zum Ausdruck zu bringen und die Vereinheitlichung des gerichtlichen Verfahrens zu fördern.

Die CDU Saar strebt im Zusammenhang mit der Verwaltungs- und Gebietsreform und der Reform der Gerichtsverfassung eine Neugliederung der Verwaltungs- und Gerichtsbezirke des Saarlandes an, um rationeller arbeitende Gerichtseinheiten zu schaffen.

Sie verlangt den stärkeren Einsatz technischer Hilfsmittel (z. B. elektronische Datenbanken), die es im Interesse der Rechtssuchenden ermöglichen, Entscheidungen anderer Gerichte in ähnlich gelagerten Fällen sowie wissenschaftliche Erkenntnisse umfassend und schnell nutzbar zu machen.

Die CDU Saar fordert, den Bürger durch verstärkten Kampf gegen die Kriminalität zu schützen.

Sie strebt die Verbesserung der Ausbildung und den gezielten Einsatz von Spezialisten an, die in enger Zusammenarbeit mit Sachverständigen und durch häufigere Einschaltung der Massenmedien die modernen Erscheinungsformen der Wirtschaftskriminalität planmäßig bekämpfen.

Die CDU Saar fordert, daß der Vollzug von Freiheitsstrafen an Jugendlichen und Erwachsenen im Sinne einer Resozialisierung verbessert wird.

Die von der CDU geführte Regierung hat mit der nach modernsten wissenschaftlichen Erkenntnissen errichteten Jugendstrafanstalt in Ottweiler eine wesentliche Voraussetzung geschaffen, jugendlichen Straftätern die Eingliederung in ein geordnetes Zusammenleben mit ihren Mitmenschen zu ermöglichen und eine erneute Straffälligkeit zu verhindern. Darüber hinaus ermöglichen die Einrichtungen der Jugendstrafanstalt in Ottweiler die Vermittlung oder Fortsetzung einer Berufsausbildung in erweitertem Umfange. Dieser Weg wird konsequent weitergeführt werden.

Die CDU Saar unterstützt alle Bestrebungen, die zum Ziele haben, die Rechtsverfahren zu straffen und ihren beschleunigten Abschluß zu gewährleisten.

Die CDU Saar fordert,

- die Rechte und Freiheiten des Bürgers und der Gesellschaft gegenüber Terror jedweder radikaler Gruppen zu sichern.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Die Leitidee einer dynamischen Demokratie setzt die volle Wirksamkeit der Grundelemente unserer Verfassung, Demokratie, soziale Rechtsstaatlichkeit und Bundesstaatlichkeit voraus. Sie verlangt eine Gesellschaft mündiger Bürger, deren Unabhängigkeit durch Bildung und wirtschaftliche Sicherheit garantiert ist. Der gesellschaftliche Fortschritt ist ohne Mitwirkung des mündigen Bürgers heute nicht mehr möglich.

Deshalb begrüßt die CDU Saar das kritische Engagement der Jugend. Sie sucht nach wirksameren Formen der Mitwirkung der Schüler und Studenten im Bildungssystem und der jungen Generation an der Gestaltung des politischen Lebens.

Die CDU Saar unterstützt die Bestrebungen der Arbeitnehmer nach partnerschaftlicher Gestaltung der Wirtschaft durch funktionsgerechte Mitbestimmung in allen Bereichen der Arbeitswelt.

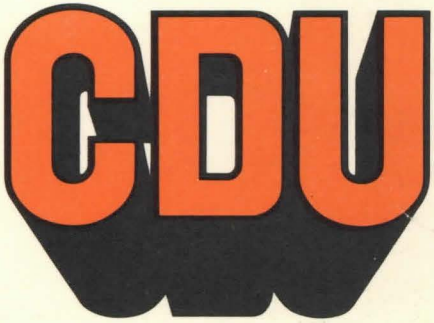
Der mündige Bürger hat ein Anrecht auf eine freie öffentliche Meinung.

Die CDU Saar fordert deshalb ein Bundesgesetz, das die Informationsfreiheit sichert, Meinungsmonopole verhindert und die Unabhängigkeit der Berichterstattung fördert.

Die neuen Aufgaben, die von der CDU Saar in ihrem Aktionsprogramm zusammengefaßt werden, verlangen das Zusammenspiel einer qualifizierten Führungsmannschaft.

Die CDU Saar hat erfahrene und dynamische Persönlichkeiten, um diese neuen politischen Aufgaben zu erfüllen.

Weiter aufwärts



Die bewegende Kraft
an der Saar